INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Driftet die Gesellschaft auseinander?

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 244 vom 20. Oktober 2022

I N H A L T

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 244 vom 20. Oktober 2022, S. 8, unter dem Titel:

"Warnzeichen der Radikalisierung. Das Vertrauen in die Krisenkompetenz der Regierung schwindet stark.“

T A B E L L E N Ü B E R S I C H T

Tabelle	A	1	Die gegenwärtige Krise betrifft die Bevölkerung stärker als die Finanzkrise 2008/2009
	A	2	Heizkosten bereiten große Sorgen …
	A	3	… und belasten das Budget stark
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	„Ich kann die Welt nicht mehr verstehen“
		2	Hat die Regierung die Lage im Griff?
		3	Führt die Belastung durch steigende Heizkosten zur Radikalisierung?

O r i g i n a l m a n u s k r i p t

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

Driftet die Gesellschaft auseinander?

In der Literaturwissenschaft bezeichnet man eine in gleicher oder ähnlicher Form immer wiederkehrende Erzählung als Topos. Ein Topos ist ein festgefügtes, leicht wiederzuerkennendes Muster, eine vertraute Geschichte: die böse Stiefmutter, der traurige Clown, die trügerische Ruhe, der Hochmut, der vor dem Fall kommt usw.

Auch in den Sozialwissenschaften gibt es solche Topoi – Erzählungen, die so vertraut sind, dass sie kaum noch in Frage gestellt werden. Ein Beispiel hierfür ist die These von der auseinanderdriftenden Gesellschaft. Sie begegnet einem immer wieder in den verschiedensten Zusammenhängen, meistens nicht als These formuliert, sondern als Tatsachenbehauptung, die vermeintlich gesichertes Wissen wiedergibt, das gar nicht erst einer Überprüfung bedürfe. So kann man seit Jahrzehnten in zahllosen Kommentaren und

Analysen lesen, dass die sozialen Schichten in Deutschland auseinanderdrifteten: Die Reichen würden immer reicher, die Armen immer ärmer. Die Vorstellung ist so verbreitet, dass ihr kaum noch jemand widerspricht. Geht man der Sache aber etwa mit Hilfe der Daten des Statistischen Bundesamtes nach, stellt sich heraus, dass sich an der Sozialstruktur in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nur wenig geändert hat. Doch das wird kaum zur Kenntnis genommen.

Verbreitet ist auch die Vorstellung, dass das Internet und vor allem die sozialen Medien zu einer Zersplitterung der Gesellschaft beitragen. Die Vertreter kleiner, radikaler Minderheitenpositionen, die früher in der Gesellschaft isoliert gewesen wären, fänden im Internet genügend Gleichgesinnte, mit denen sie sich austauschen könnten. So verlören sie den Kontakt mit Andersdenkenden und entwickelten falsche Vorstellungen von der tatsächlichen Meinungsverteilung in der Bevölkerung. Das ist plausibel, doch die bisherigen Versuche, mit systematischen Untersuchungen die Existenz solcher Wahrnehmungsblasen nachzuweisen, haben zu wenig überzeugenden Ergebnissen geführt.

Seit einigen Jahren wird auch oft die Sorge formuliert, die Gesellschaft könne politisch auseinanderdriften: Die radikalen Ränder würden stärker, die demokratische Mitte schwächer. Das Aufkommen der AfD wird hier als Symptom für eine solche Entwicklung angeführt. Verbunden mit dieser Sorge ist meist die Vorstellung, dass die Bevölkerung mehr und mehr von der Politik enttäuscht sei und sich deswegen radikalen Bewegungen zuwende. Doch hier zeigen die Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach in den letzten Jahren eher die entgegengesetzte Tendenz: Das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie und ihre Institutionen hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten zugenommen, wenn auch auf einem im Vergleich zu den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts noch niedrigem Niveau. Auch die in letzter Zeit oft formulierte These von einer Spaltung in der Mitte der Gesellschaft im Zuge der öffentlichen Diskussion über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wird in den Umfragen nicht bestätigt.

Doch nur, weil eine These über gesellschaftliche Entwicklungen einem populären Topos folgt und sich oft als falsch erwiesen hat, muss sie nicht immer falsch sein. In der aktuellen Inflationskrise bekommt die

Frage nach einem möglichen Auseinanderdriften der Gesellschaft neue Aktualität, insbesondere auf dem Feld der Politik: Kann es sein, dass der wachsende soziale Druck Teile der Gesellschaft in die politische Radikalität treibt? Dies ist die Frage, der das Institut für Demoskopie Allensbach in seiner jüngsten Umfrage im Auftrag dieser Zeitung nachgegangen ist.

Der Verdacht, dass dies der Fall sein könnte, liegt nahe. Die aktuelle Krise trifft die Bevölkerung wesentlich stärker als frühere Wirtschaftskrisen. Auf die Frage „Wie stark beeinflusst die Krise ihr Leben?“ antworteten in der aktuellen Umfrage 17 Prozent der Befragten, die Krise betreffe sie stark. 44 Prozent meinten, sie betreffe sie immerhin etwas. Eine klare Mehrheit von 61 Prozent gab also zu Protokoll, selbst betroffen zu sein. Zum Vergleich: Während der Finanzkrise 2008/09 hatte nur rund ein Drittel der Befragten diese Antworten gegeben. Bereits im August dieses Jahres hatten 51 Prozent der Befragten angegeben, sie machten sich große Sorgen, dass sie ihre Heizkosten nicht mehr bezahlen könnten – eine Situation, in die die allermeisten zum ersten Mal in ihrem Leben gekommen sein dürften.

Tabelle A1

Tabelle A2

Diese Situation geht einher mit einem allgemeinen Gefühl der Verunsicherung. Eine Frage in der neuesten Umfrage lautete: „Neulich sagte jemand: ‚Nach all diesen Ereignissen der letzten Jahre, Umstürze, Veränderungen und so weiter, muss ich sagen: Ich kann die Welt nicht mehr verstehen.‘ Wie empfinden Sie das, geht es Ihnen auch so, oder geht Ihnen das nicht so?“ Diese Frage wurde zum ersten Mal im Jahr 1992 gestellt, damals in erster Linie, um die psychologischen Auswirkungen der Umbrüche in Ostdeutschland nach der politischen Wende 1989/90 messen zu können. 45 Prozent der Befragten sagten damals, sie könnten die Welt nicht mehr verstehen; seitdem schwankte dieser Wert bei gelegentlichen Wiederholungen der Frage zwischen gut einem Drittel und der Hälfte der Befragten. Noch im Jahr 2019 lag der Wert bei 43 Prozent. Nun, im Herbst 2022, ist er auf 59 Prozent gestiegen.

Schaubild 1

Gesellschaftliche Krisen, die die Folge einer Bedrohung von außerhalb des eigenen Landes sind, führen meistens dazu, dass sich die Bevölkerung hinter ihrer Regierung versammelt. Man spricht in diesem Zusammenhang von der „Stunde der Exekutive“ (dies ist vermutlich auch der Grund dafür, dass Gewaltherrscher in aller Welt dazu

neigen, Kriege anzuzetteln, sobald sie innenpolitisch unter Druck geraten). Zuletzt konnte man diesen Effekt vor zwei Jahren beobachten, als mit Beginn der Corona-Pandemie die Zustimmung zur damaligen Bundesregierung in der Bevölkerung stark zunahm.

Doch in der gegenwärtigen Krise ist von einer „Stunde der Exekutive“ nichts zu erkennen. Im Gegenteil: Auf die Frage „Haben Sie das Gefühl, die Regierung hat die Lage im Großen und Ganzen im Griff, oder haben Sie nicht das Gefühl?“ antworteten fast zwei Drittel der Befragten (65 Prozent) sie hätten den Eindruck, die Regierung habe die Lage nicht im Griff. Dabei ist besonders bemerkenswert, dass sich dieses Urteil durch alle politischen Lager zieht. Auch die Anhänger der Regierungsparteien sagten mit klaren Mehrheiten, dass sie glaubten, die Regierung habe die Lage nicht im Griff.

Schaubild 2

In dieser Situation wäre es naheliegend, wenn sich ein Teil der Bevölkerung politisch radikalisieren würde. Und tatsächlich gibt es Indizien hierfür. Einen ersten Hinweis bieten die Parteistärken: In den letzten Monaten ist der Anteil der Anhänger der AfD in der Bevölkerung langsam, aber beharrlich gestiegen. Doch die Parteiorientierung allein ist

Tabelle B 1

noch kein ausreichender Beleg für eine solche These. Ob jemand radikalen Positionen anhängt oder nicht, muss, wenn die Ergebnisse verlässlich sein sollen, unabhängig von der Parteisympathie ermittelt werden.

Das Mittel hierfür ist in der Umfrageforschung die Konstruktion einer Skala. Man legt den Befragten eine Vielzahl von Aussagen vor und fragt sie, ob sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht. Die gemeinsame Auswertung der Antworten zu all diesen Aussagen ermöglicht es, jemanden als radikal oder gemäßigt einzustufen. Im vorliegenden Fall umfassten die Aussagen eindeutig linke Thesen wie „Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde“ oder „Kapitalismus bedeutet Ausbeutung“, eindeutig rechte Positionen wie „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“ oder „Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land“, und allgemein autoritäre oder populistische Einstellungen, die sowohl mit einer rechten wie auch einer linken Gesinnung verbunden sein können, wie „Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie. Tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen“ oder „Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen.“

Die Logik solcher Skalen wird oft missverstanden. Natürlich ist bei Weitem nicht jeder gleich als Extremist einzustufen, der der Aussage „Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie“ zustimmt. Die meisten, die diese Antwort geben, sind keine Extremisten. Aber umgekehrt gibt es praktisch keinen Extremisten, der diese Antwort nicht gibt. Erst in der Summe gewinnen die Antworten ihre Aussagekraft. Erst wer acht, neun oder zehn der Aussagen zustimmt, die die Grundlage der Skala bilden, kann als als Extremist eingestuft werden.

Mit Hilfe einer solchen Skala kann man nun die Bevölkerung in sieben Gruppen einteilen: Rechtsradikale, ausgeprägt rechts Denkende, gemäßigte Rechte, Personen, die politisch in der Mitte stehen, gemäßigte Linke, ausgeprägt links Denkende und Linksradikale. Die Links- und Rechtsradikalen machen zusammengenommen fünf Prozent der Gesamtbevölkerung aus, weitere 23 Prozent lassen sich einstufen als ausgeprägt Linke und Rechte mit gewissen autoritären Zügen im Denken.

Aufschlussreich ist es nun, die Befragten nach diesen Kategorien zu klassifizieren und dies mit ihren Angaben zur eigenen aktuellen

wirtschaftlichen Lage in Verbindung zu bringen: 70 Prozent der Bevölkerung insgesamt sagen, sie fühlten sich durch die gestiegenen Heizkosten stark oder sehr stark belastet. Von diesen Befragten, die sagten, dass sie sich durch die Heizkosten sehr stark oder stark belastet fühlten, lassen sich 6 Prozent gemäß der Skala als rechts- oder linksradikal einordnen. Von denen, die sich durch die Heizkosten weniger stark oder gar nicht belastet fühlen, fiel nur ein Prozent in diese Kategorie. Auch der Anteil der ausgeprägt links und rechts Denkenden war unter denen, die sich durch die Heizkosten belastet fühlten, höher als bei denjenigen, die sich weniger stark oder gar nicht belastet fühlen.

Tabelle A3

Schaubild 3

Dieser Befund allein beweist noch nichts, denn die Neigung zu autoritärem oder gar radikalem hing auch schon vor Beginn der aktuellen Inflationskrise mit einer Reihe anderer Merkmale der Befragten zusammen, allen voran mit der Bildung und der sozialen Schicht. Die aktuellen Ergebnisse unterscheiden sich nicht fundamental von denen früherer Befragungen, bei denen dieser Zusammenhang untersucht wurde. Und doch muss man sie als Warnzeichen verstehen: Aktuell sind die Warnungen vor einer Radikalisierung der Bevölkerung übertrieben. Doch wir stehen erst

am Anfang eines Winters, in dem der soziale Druck auf viele Bürger zunehmen könnte. Und soziale Not und politische Radikalisierung können durchaus Hand in Hand gehen.

U N T E R S U C H U N G S D A T E N

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1030
Befragungszeitraum:	1.09. bis 14.09.2022
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Die gegenwärtige Krise betrifft die Bevölkerung stärker als die Finanzkrise 2008/2009

FRAGE: "Es ist ja ganz unterschiedlich, wie stark die Menschen von der Krise betroffen sind. Wie ist das bei Ihnen persönlich: Wie stark beeinflusst die Krise Ihr Leben?“

	Bevölkerung insgesamt		
	Juli 2009	Sept. 2022	
	%	%	
Die Krise beeinflusst mein Leben bislang eigentlich gar nicht, und ich gehe auch davon aus, dass es auch so bleibt	39	7	
Bisher beeinflusst die Krise mein Leben zwar nicht, aber ich befürchte, dass sich das bald ändern wird	25	29	
Sie betrifft mich etwas, aber nicht so stark	27	44	
Die Krise betrifft mich stark	8	17	
	35		61
Unentschieden	1	3	
	100	100	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10040, 12059

Heizkosten bereiten große Sorgen …

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es soll untersucht werden, was den Menschen heute große Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Liste bitte einmal durchsehen und mir alle Punkte nennen, von denen Sie sagen würden: Ja, das macht mir große Sorgen?“

Auszug aus den Vorgaben	Bevölkerung insgesamt %
Dass ich meine Heizkosten nicht mehr bezahlen kann	51

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058

…und belasten das Budget stark

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Soweit Sie das jetzt schon absehen können: Wie stark belasten Sie speziell die gestiegenen Preise fürs Heizen bzw. wie stark werden Sie diese gestiegenen Preise voraussichtlich belasten? Würden Sie sagen …"

	Bevölkerung insgesamt %	
„sehr stark"	30	70
„stark"	40	
„weniger stark"	18	
„kaum bzw. gar nicht"	4	
Unentschieden	8	
	100	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland
Allensbacher Berichterstattung für die
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B1
Gesamtdeutschland
Wahlberechtigte Bevölkerung
mit konkreter Parteiangabe

Zweitstimmen

	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU	FDP	SPD	Bü.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AfD	Sonstige
	%	%	%	%	%	%	%
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
Bundestagswahl 24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. - 14. Juli	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0
5. - 17. August	27,5	11,0	19,5	17,5	7,5	11,0	6,0
18. - 26. August	26,0	10,5	24,0	17,0	6,0	10,5	6,0
1. - 7. Sept.	25,0	9,5	27,0	15,5	6,0	11,0	6,0
16. - 23. Sept.	25,0	10,5	26,0	16,0	5,0	10,0	7,5
Bundestagswahl 26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov.	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5
9. - 21. März	25,0	10,5	25,0	17,0	5,0	10,0	7,5
25. März - 6. April	24,0	9,0	28,0	17,0	6,0	9,0	7,0
6. - 18. Mai	29,0	8,0	24,0	20,5	4,5	9,0	5,0
3. - 17. Juni	27,0	8,0	23,0	22,0	4,5	10,0	5,5
8. - 21. Juli	27,5	7,0	22,0	22,0	5,0	11,0	5,5
5. - 18. August	29,0	8,0	19,5	21,0	5,0	12,0	5,5
1. - 14. September	30,0	7,0	20,0	19,0	5,5	13,0	5,5
1. - 13. Oktober	30,5	7,0	19,0	19,0	5,0	14,0	5,5

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.021 Personen.

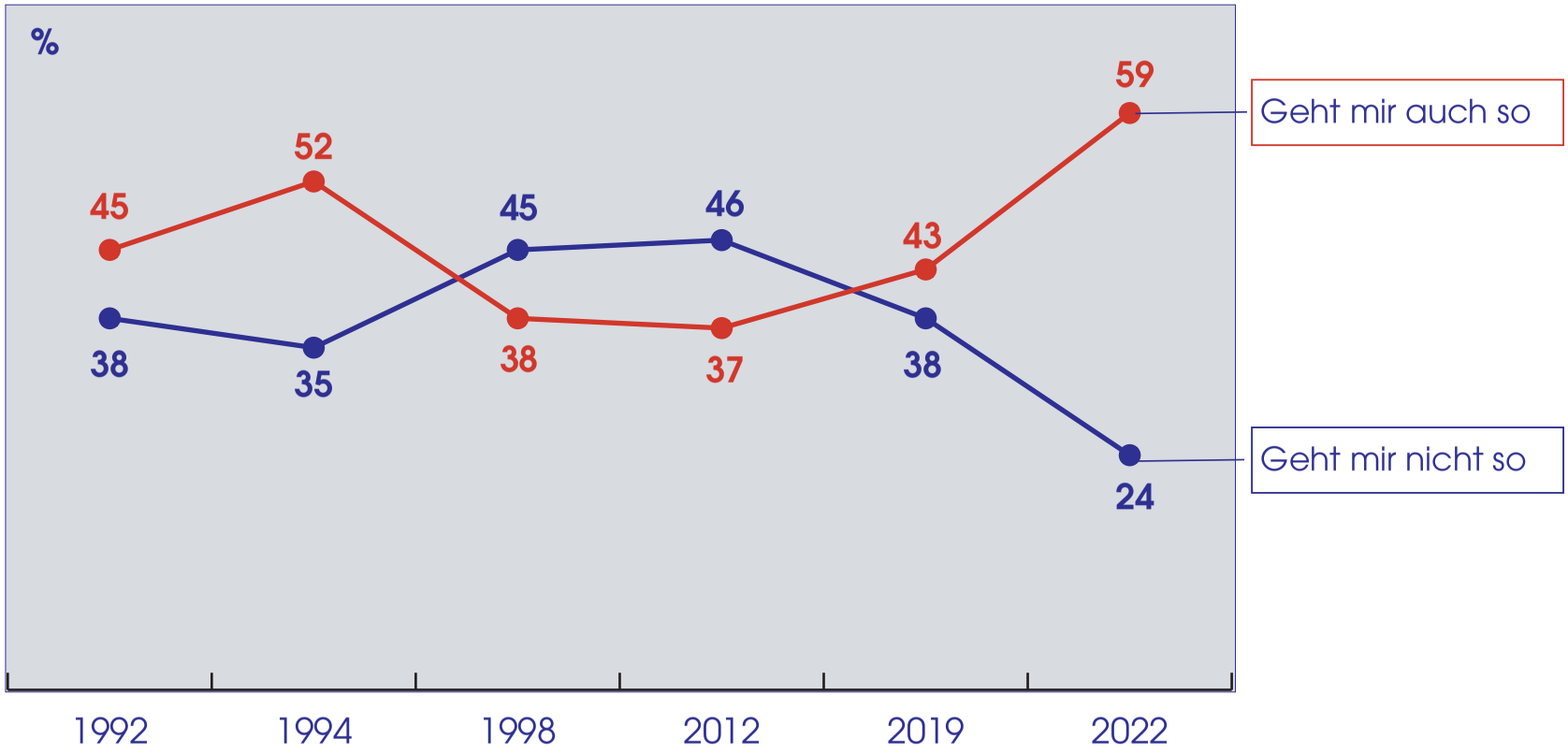
Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12061

S c h a u b i l d e r

"Ich kann die Welt nicht mehr verstehen"

Frage: "Neulich sagte jemand: 'Nach all diesen Ereignissen der letzten Jahre, Umstürze, Veränderungen und so weiter, muss ich sagen: Ich kann die Welt nicht mehr verstehen.' Wie empfinden Sie das, geht Ihnen das auch so, oder geht Ihnen das nicht so?"

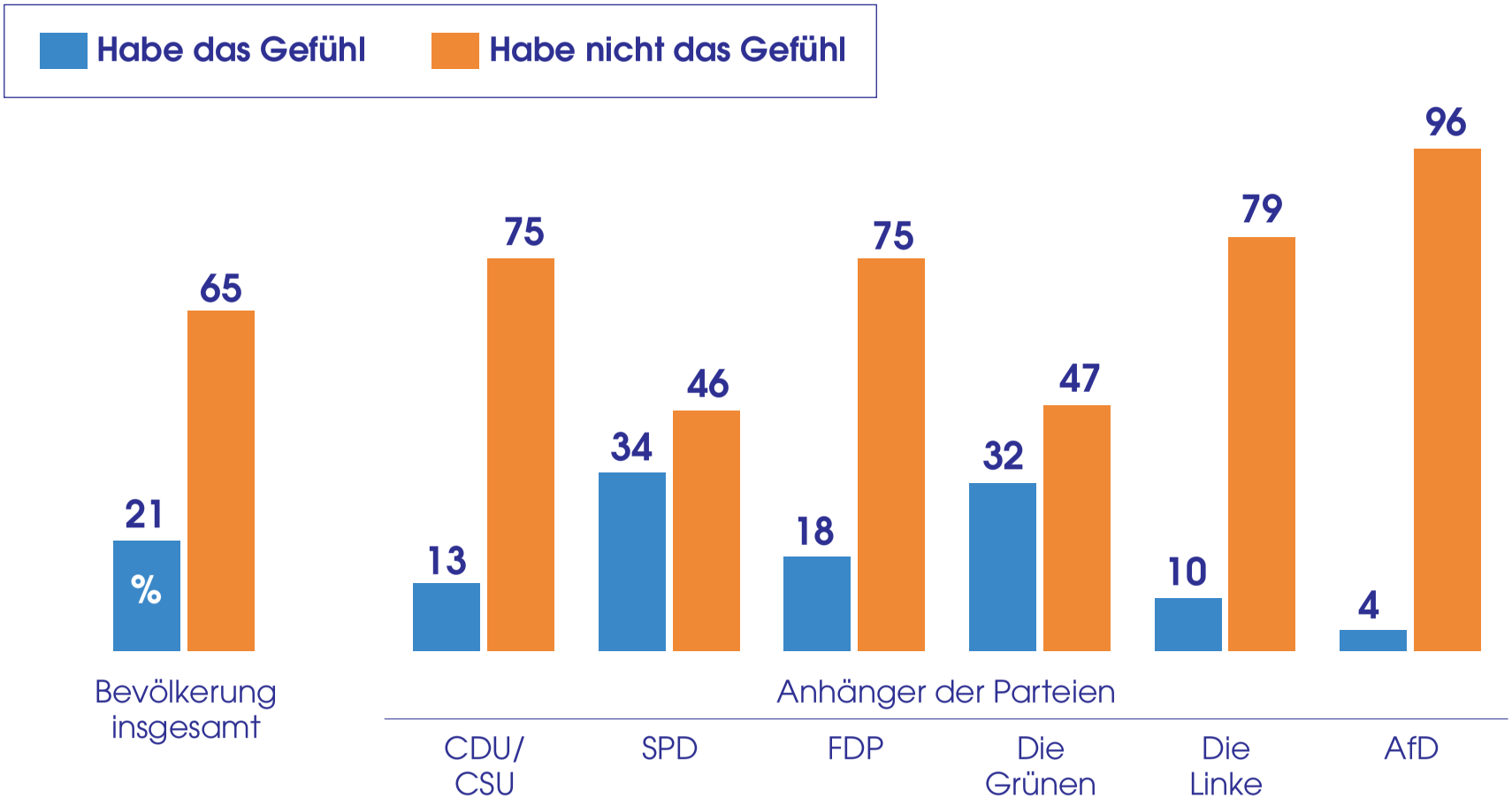


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen zuletzt 12059

© IfD-Allensbach

Hat die Regierung die Lage im Griff?

Frage: "Wenn Sie einmal an die aktuellen Krisen denken: Haben Sie das Gefühl, die Regierung hat die Lage im Großen und Ganzen im Griff, oder haben Sie nicht dieses Gefühl?"



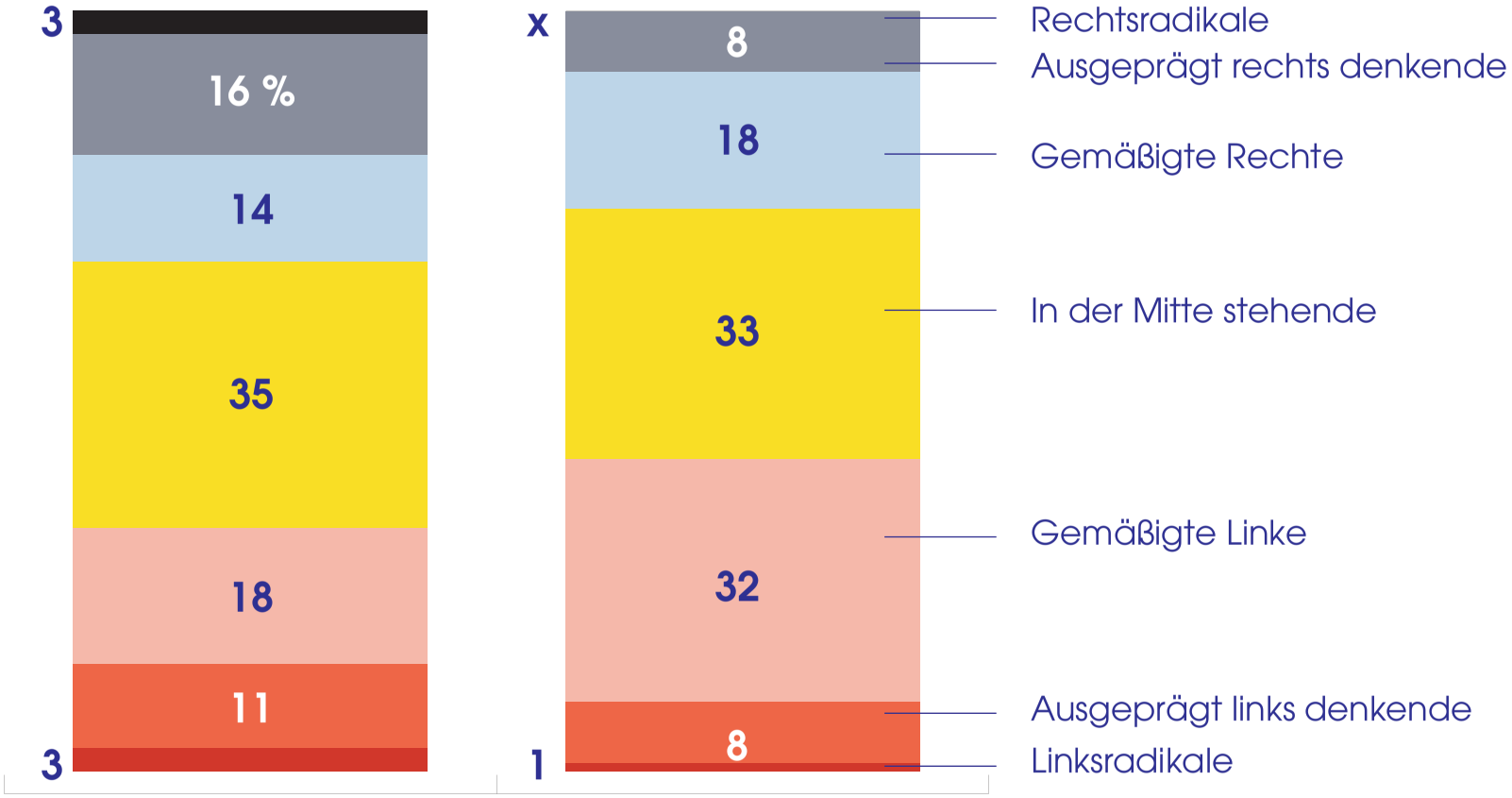
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage12059

© IfD-Allensbach

Führt die Belastung durch steigende Heizkosten zur Radikalisierung?

Schaubild 3

Belastung durch die Heizkosten und die Position auf der Radikalismus-Skala



x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12059

© IfD-Allensbach

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 244
vom 20. Oktober 2022, S. 8, unter dem Titel:

"Warnzeichen der Radikalisierung. Das Vertrauen in die Krisenkompetenz der Regierung schwindet stark.“

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Warnzeichen der Radikalisierung

Das Vertrauen in die Krisenkompetenz der Regierung schwindet stark.

Von Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach

In der Literaturwissenschaft bezeichnet man eine immer wiederkehrende Erzählung als Topos. Ein Topos ist ein fest gefügtes, leicht wiederzuerkennendes Muster, eine vertraute Geschichte: die böse Stiefmutter, der traurige Clown, die trügerische Ruhe, der Hochmut, der vor dem Fall kommt. Auch in den Sozialwissenschaften gibt es solche Topoi – Erzählungen, die so vertraut sind, dass sie kaum noch infrage gestellt werden. Ein Beispiel hierfür ist die These von der auseinanderdriftenden Gesellschaft. Sie begegnet einem immer wieder in den verschiedensten Zusammenhängen, meistens nicht als These formuliert, sondern als Tatsachenbehauptung, die vermeintlich gesichertes Wissen wiedergibt, das gar nicht erst einer Überprüfung bedürfe. So kann man seit Jahrzehnten in zahllosen Kommentaren und Analysen lesen, dass die sozialen Schichten auseinanderdrifteten: Die Reichen würden immer reicher, die Armen immer ärmer. Die Vorstellung ist so verbreitet, dass ihr kaum noch jemand widerspricht. Geht man der Sache aber etwa mithilfe der Daten des Statistischen Bundesamtes nach, stellt sich heraus, dass sich an der Sozialstruktur in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nur wenig geändert hat. Doch das wird kaum zur Kenntnis genommen.

Verbreitet ist auch die Vorstellung, dass das Internet und vor allem die sozialen Medien zu einer Zersplitterung der Gesellschaft beitragen. Die Vertreter kleiner, radikaler Minderheitenpositionen, die früher in der Gesellschaft isoliert gewesen wären, fänden im Internet genügend Gleichgesinnte, mit denen sie sich austauschen könnten. So verlören sie den Kontakt mit Andersdenkenden und entwickelten falsche Vorstellungen von der tatsächlichen Meinungsverteilung in der Bevölkerung. Das ist plausibel, doch die bisherigen Versuche, mit systematischen Untersuchungen die Existenz solcher Wahrnehmungsblasen nachzuweisen, haben zu wenig überzeugenden Ergebnissen geführt.

Seit einigen Jahren wird auch oft die Sorge formuliert, die Gesellschaft könne politisch auseinanderdriften: Die radikalen Ränder würden stärker, die demokratische Mitte schwächer. Das Aufkommen der AfD wird hier als Symptom für eine solche Entwicklung angeführt. Verbunden mit dieser Sorge ist meist die Vorstellung, dass die Bevölkerung mehr und mehr von der Politik enttäuscht sei und sich deswegen radikalen Bewegungen zuwende. Doch hier zeigen die Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach in den letzten Jahren eher die entgegengesetzte Tendenz: Das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie und ihre Institutionen hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten zugenommen, wenn auch auf einem im Vergleich zu den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts noch niedrigem Niveau. Auch die in letzter Zeit oft formulierte These von einer Spaltung in der Mitte der Gesellschaft im Zuge der öffentlichen Diskussion über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wird in den Umfragen nicht bestätigt.

Doch nur, weil eine These über gesellschaftliche Entwicklungen einem populären Topos folgt und sich oft als falsch erwiesen hat, muss sie nicht immer falsch sein. In der Inflationskrise bekommt die Frage nach einem Auseinanderdriften der Gesellschaft neue Aktualität, insbesondere auf dem Feld der Politik: Kann es sein, dass der wachsende soziale Druck Teile der Gesellschaft in die politische Radikalität treibt? Dies ist die Frage, der das Institut für Demoskopie Allensbach in seiner jüngsten Umfrage im Auftrag der F.A.Z. nachgegangen ist.

Der Verdacht, dass dies der Fall sein könnte, liegt nahe. Die aktuelle Krise trifft die Bevölkerung wesentlich stärker als frühere Wirtschaftskrisen. Auf die Frage „Wie stark beeinflusst die Krise Ihr Leben?“ antworteten in der aktuellen Umfrage 17 Prozent der Befragten, die Krise betreffe sie stark. 44 Prozent meinten, sie betreffe sie immerhin etwas. Eine klare Mehrheit von 61 Prozent gab also zu Protokoll, selbst betroffen zu sein. Zum Vergleich: Während der Finanzkrise 2008/09 hatte nur rund ein Drittel der Befragten diese Antworten gegeben. Bereits im August dieses Jahres hatten 51 Prozent der Befragten angegeben, sie machten sich große Sorgen, dass sie ihre Heizkosten nicht mehr bezahlen könnten – eine Situation, in die die allermeisten zum ersten Mal in ihrem Leben gekommen sein dürften.

Diese Situation geht einher mit einem allgemeinen Gefühl der Verunsicherung. Eine Frage in der neuesten Umfrage lautete: „Neulich sagte jemand: ‚Nach all diesen Ereignissen der letzten Jahre, Umstürze, Veränderungen und so weiter, muss ich sagen: Ich kann die Welt nicht mehr verstehen.‘ Wie empfinden Sie das, geht es Ihnen auch so, oder geht Ihnen das nicht so?“ Diese Frage wurde zum ersten Mal 1992 gestellt, damals in erster Linie, um die psychologischen Auswirkungen der Umbrüche in Ostdeutschland nach der politischen Wende 1989/90 messen zu können. 45 Prozent der Befragten sagten damals, sie könnten die Welt nicht mehr verstehen; seitdem schwankte dieser Wert bei gelegentlichen Wiederholungen der Frage zwischen gut einem Drittel und der Hälfte der Befragten. Noch 2019 lag der Wert bei 43 Prozent. Nun, im Herbst 2022, ist er auf 59 Prozent gestiegen.

Gesellschaftliche Krisen, die die Folge einer Bedrohung von außerhalb des eigenen Landes sind, führen meistens dazu, dass sich die Bevölkerung hinter ihrer Regierung versammelt. Man spricht in diesem Zusammenhang von der „Stunde der Exekutive“. Zuletzt konnte man diesen Effekt vor zwei Jahren beobachten, als mit Beginn der Corona-Pandemie die Zustimmung zur damaligen Bundesregierung stark zunahm. Doch in der gegenwärtigen Krise ist von einer „Stunde der Exekutive“ nichts zu erkennen. Im Gegenteil: Auf die Frage „Haben Sie das Gefühl, die Regierung hat die Lage im Großen und Ganzen im Griff, oder haben Sie nicht das Gefühl?“ antworteten fast zwei Drittel der Befragten (65 Prozent), sie hätten den Eindruck, die Regierung habe die Lage nicht im Griff. Dabei ist besonders bemerkenswert, dass sich dieses Urteil durch alle politischen Lager zieht. Auch die Anhänger der Regierungsparteien sagten mit klaren Mehrheiten, dass sie glaubten, die Regierung habe die Lage nicht im Griff.

In dieser Situation wäre es naheliegend, wenn sich ein Teil der Bevölkerung politisch radikalisieren würde. Und tatsächlich gibt es Indizien hierfür. Einen ersten Hinweis bieten die Parteistärken: In den letzten Monaten ist der Anteil der Anhänger der AfD in der Bevölkerung langsam, aber beharrlich gestiegen. Doch die Parteiorientierung allein ist noch kein ausreichender Beleg für eine solche These. Ob jemand radikalen Positionen anhängt oder nicht, muss, wenn die Ergebnisse verlässlich sein sollen, unabhängig von der Parteisympathie ermittelt werden.

Das Mittel hierfür ist in der Umfrageforschung die Konstruktion einer Skala. Man legt den Befragten eine Vielzahl von Aussagen vor und fragt sie, ob sie diesen Aussagen zustimmen oder nicht. Die Auswertung der Antworten zu all diesen Aussagen ermöglicht es, jemanden als radikal oder gemäßigt einzustufen. Im vorliegenden Fall umfassten die Aussagen eindeutig linke Thesen wie „Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde“ oder „Kapitalismus bedeutet Ausbeutung“, eindeutig rechte Positionen wie „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“ oder „Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land“, und allgemein autoritäre oder populistische Einstellungen, die sowohl mit einer rechten wie auch einer linken Gesinnung verbunden sein können, wie „Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie. Tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen“ oder „Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen“.

Die Logik solcher Skalen wird oft missverstanden. Natürlich ist bei Weitem nicht jeder gleich als Extremist einzustufen, der der Aussage „Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie“ zustimmt. Die meisten, die diese Antwort geben, sind keine Extremisten. Aber umgekehrt gibt es praktisch keinen Extremisten, der diese Antwort nicht gibt. Erst in der Summe gewinnen die Antworten ihre Aussagekraft. Erst wer acht, neun oder zehn der Aussagen zustimmt, die die Grundlage der Skala bilden, kann als Extremist eingestuft werden.

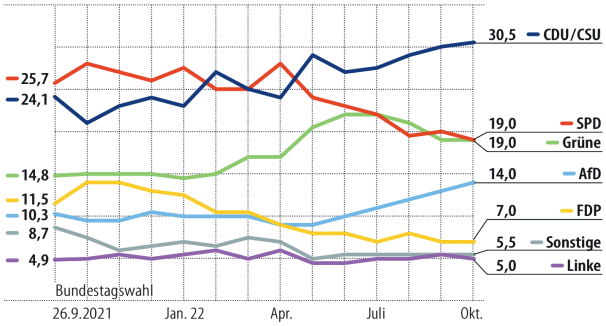
Mithilfe einer solchen Skala kann man nun die Bevölkerung in sieben Gruppen einteilen: Rechtsradikale, ausgeprägt rechts Denkende, gemäßigte Rechte, Personen, die politisch in der Mitte stehen, gemäßigte Linke, ausgeprägt links Denkende und Linksradikale. Die Links- und Rechtsradikalen machen zusammengenommen fünf Prozent der Gesamtbevölkerung aus, weitere 23 Prozent lassen sich einstufen als ausgeprägt Linke und Rechte mit autoritären Zügen im Denken.

Aufschlussreich ist es nun, die Befragten nach diesen Kategorien zu klassifizieren und dies mit ihren Angaben zur eigenen aktuellen wirtschaftlichen Lage in Verbindung zu bringen: 70 Prozent der Bevölkerung insgesamt sagen, sie fühlten sich durch die gestiegenen Heizkosten stark oder sehr stark belastet. Von diesen Befragten, die sagten, dass sie sich durch die Heizkosten sehr stark oder stark belastet fühlten, lassen sich sechs Prozent als rechts- oder linksradikal einordnen. Von denen, die sich durch die Heizkosten weniger stark oder gar nicht belastet fühlen, fiel nur ein Prozent in diese Kategorie. Auch der Anteil der ausgeprägt links und rechts Denkenden war unter denen, die sich durch die Heizkosten belastet fühlten, höher als bei denjenigen, die sich weniger stark oder gar nicht belastet fühlen.

Dieser Befund allein beweist noch nichts, denn die Neigung zu Autoritärem oder gar Radikalem hing auch schon vor Beginn der Inflationskrise mit einer Reihe anderer Merkmale der Befragten zusammen, allen voran mit der Bildung und der sozialen Schicht. Die Ergebnisse unterscheiden sich nicht fundamental von denen früherer Befragungen, bei denen dieser Zusammenhang untersucht wurde. Und doch muss man sie als Warnzeichen verstehen: Aktuell sind die Warnungen vor einer Radikalisierung der Bevölkerung übertrieben. Doch wir stehen erst am Anfang eines Winters, in dem der soziale Druck auf viele Bürger zunehmen könnte. Und soziale Not und politische Radikalisierung können durchaus Hand in Hand gehen.

Die Stärke der Parteien

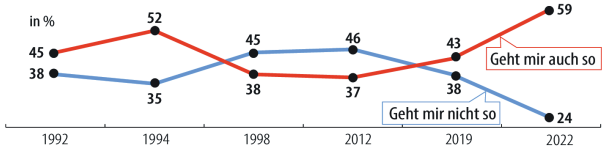
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



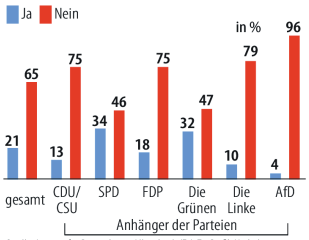
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 1. bis 13. Okt., 1021 Befragte, gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Niebel

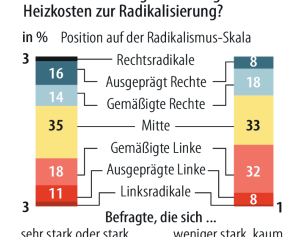
Die Herausforderungen in der Krise

Nach all den Ereignissen der letzten Jahre, Umstürze, Veränderungen und so weiter, habe ich das Gefühl, ich kann die Welt nicht mehr verstehen



Hat die Regierung die Lage im Griff?



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Niebel

Führt die Belastung durch steigende Heizkosten zur Radikalisierung?